

## „Wichtig ist vor allem, Informationen zu sammeln“

Ein Gespräch mit der Wirtschaftsexpertin Brigitte Unger über den Kampf gegen Steuersünder und was Deutschland dabei besser machen sollte **VON ANJA KORDIK**

Frau Unger, Steuerhinterziehung und Steuergerechtigkeit entwickeln sich zu Top-Themen im Bundestagswahlkampf. Wo sehen Sie in Deutschland gravierende Defizite beim Kampf gegen Steuerhinterziehung? Ich glaube, das größte Defizit war über viele Jahre, dass es gar keinen Kampf gegeben hat. Was Unternehmen, auch private Anleger am deutschen Fiskus vorbei an Geldern transferiert haben, hat relativ wenig Aufmerksamkeit erregt. Es gab Skandale wie den Fall Zumwinkel, die dann wieder ver- ebte sind. Erst mit Aufkommen der gravierenden Finanzprobleme und Budgetdefizite infolge der Finanzkrise ist es für den Staat zunehmend wichtiger geworden, seine Einnahmen zu sichern. Hinzu kommen das Auftauchen von Steuer-CD's, von Offshore-Leaks. So ergibt sich nach und nach ein, ge- naueres Bild, wie und wohin deutsche Unternehmen und Privat Anleger ihr Geld verschoben haben.

Hat sich hierdurch auch die gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhöht? Steuerhinterziehung ist über viele Jahre einfach zum Sport geworden, zu einer Selbstverständlichkeit. Dass es ein auch moralisch verwerfliches Verhalten ist, ist seit kurzem erst ein neuer Aspekt in der Steuerdebatte. Das Problem ist zu lange unterschätzt worden, und konnte deshalb soziale Ausmaße annehmen. Um hier künftig effektiver kontrollieren zu können, müs-

sen die Steuerbehörden Zugriff auf Informationen über deutsche Konten im Ausland haben. Das war ja das Problem beim geplanten Steuerabkommen mit der Schweiz. Es wurde eben kein ausreichender Informationsaustausch vereinbart.

Was könnten schnelle und effektive Instrumente des Staates im Kampf gegen Steuerhinterziehung sein? Wäre hier eventuell schon eine personelle Aufstockung in der Finanzverwaltung ein Fortschritt? Das glaube ich nicht. Ich bin auch nicht überzeugt davon, dass wir jetzt eine Steuer-Polizei oder dergleichen brauchen. Wichtig ist vor allem, Informationen zu sammeln.

Wenn Sie in den Niederlanden eine Steuererklärung machen, dann fragt Sie der Computer: Haben Sie Wertpapiere? Und wenn Sie das verneinen, dann taucht plötzlich ein Hinweis auf: „Wir haben Informationen, dass Sie eine bestimmte Zahl von Wertpapieren besitzen. Bitte korrigieren Sie!“ Die niederländische Finanzverwaltung kennt ihre Bankkonten, Wertpapiere, Hypotheken. Sie sammelt alle Informationen und kann prüfen, ob und wie diese zusammenpassen. In Deutschland sind wir skeptischer, gehen ungern alle unsere Daten an den Staat weiter aufgrund unserer historischen Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Grundsätzlich aber ist das niederländische Modell durchaus ein Beispiel für eine gute Koordination zwischen

unterschiedlichen Behörden, auch zwischen Finanzverwaltung und Banken. Sie kritisieren beim Thema Steuergerechtigkeit, dass sich die Steuerbelastung im Laufe der Jahre immer mehr vom Kapital zur Arbeit hin verschoben hat. Haben Sie konkrete Vorschläge im Hinblick auf eine Veränderung?

Hier müssen besonders große Staaten wie Deutschland und Frankreich darauf achten, dass bestimmte Steuersätze nicht unterschritten werden. Gerade die Körperschaftsteuer oder die Steuer auf Gewinne aus Kapital- und Aktiengesellschaften wurden in den letzten Jahren in fast allen Ländern drastisch gesenkt. Hier braucht es neue, auch zwischenstaatliche Vereinbarungen. In einem wirklich fairen Steuersystem sollten alle Bereiche – Kapital, Arbeit, Ersparnisse – gleich besteuert werden. Davon sind wir heute weit entfernt. Deutschland könnte hier aber in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten ein Zeichen setzen.

Eine empirische Studie eines Frankfurter Journalisten will belegen, dass sich Deutschland wegen des Bankgheimnisses teilweise zur Steuerbase für Anleger gerade aus der Schweiz entwickelt hat. Wie sehen Sie diese Behauptung?

Deutschland ist natürlich für Anleger attraktiv. Es ist ein großes Land mit guten Fi-

nanzmarkten und Expertise, wie Finanztransaktionen durchzuführen sind – seien sie legal oder illegal. Ich halte Deutschland aber nach wie vor nicht für die große Steuerbase, nicht für die große Geldwaschanlage – dazu kontrollieren die deutschen Behörden trotz aller Defizite doch zu gründlich und zunehmend gründlicher.

Sie haben einmal gesagt, dass Steuern der Preis seien, den wir für eine zivilisierte Gesellschaft zu zahlen haben und berufen sich auf den deutschen Ökonomen Adolph Wagner, um deutlich zu machen, dass der Staatsanteil in einem modernen Staat mit wachsenden Aufgaben weiter steigen muss. Lässt sich dies in der heutigen Zeit noch vermitteln?

Wenn natürlich die Gesellschaft immer weiter auseinanderfällt, also jeder nur für sich allein agiert und glaubt, er kann ganz ohne Staat zurechtkommen, dann wird der Staatsanteil wieder sinken. Aber das kann langfristig sehr teuer werden, weil bestimmte Bereiche, Bildung und Gesundheit, nicht mehr versorgt werden können. Im Augenblick vollzieht sich aber etwas.

Der Staat ist nicht kleiner geworden, er ist nur anders geworden. Staatliche Garantien für Finanzmärkte sind enorm hoch – Bildungsausgaben sind gesunken. Der Staat gibt nicht weniger aus. Es gibt aber viel mehr versteckte Ausgaben, die ganz andere Auf-

gabenfelder und Gruppen betreffen als früher. Der Staat ist unsichtbarer geworden. Er ist aber immer noch da, und damit bleibt die Notwendigkeit, ein adäquates Steuereinkommen zu erzielen für die wichtigsten staatlichen Aufgaben wie Bildung und Soziales.



Brigitte Unger lehrt an der Universität Utrecht und ist seit 2011 Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (MSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Sie berät das niederländische Finanzministerium, die EU und die USA beim Thema Geldwäsche.

Foto: WSI